



Alpenkonvention ist politisches Zukunftsprogramm

von Dr. Gerhard Poschacher

Die Vorschläge Franz Fischlers für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stehen auch in der „Bergbauernrepublik“ Österreich im Mittelpunkt heftiger und einander widersprechender Diskussionen über die Zukunft der Bauern und des ländlichen Raumes. Nach wie vor ist das Medieninteresse groß und Wilhelm Molterer, Agrarminister, seinerzeit engster Mitarbeiter des heutigen EU-Kommissars, ist redlich bemüht, Brücken zu bauen.

Ratifizierung der Alpenkonvention durch National- und Bundesrat

Zusammen mit seinem politischen Förderer Josef Riegler, Landwirtschaftsminister von 1987 bis 1989, arbeitete er die Grundlagen für einen agrarpolitischen Kurswechsel aus. Auf das „Ökosoziale Manifest“ ist die ÖVP bis heute stolz, obwohl vieles, zum Beispiel eine Steuerreform zur Entlastung der menschlichen Arbeit, bis heute nicht realisiert wurde.

Die lautstarken Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs der Agrarpolitik haben eine wichtige Entscheidung des Parlaments in Wien überlagert: die Ratifizierung der seit fast zehn Jahren in Beratung stehenden Alpenkonvention durch den National- und Bundesrat, dieser stimmte am 25. Juli 2002 zu. Österreich war Vorreiter für



ein internationales „Übereinkommen zum Schutz der Alpen“ und hat durch seine politischen Repräsentanten zusätzlich und schon im Juni 1996, ein Jahr nach dem EU-Beitritt, das „Bergbauernmemorandum“ in Brüssel vorgelegt.

Die Umsetzung der Alpenkonvention, soll sie nicht nur politisches Lippenbekenntnis bleiben, erfordert aber einen grundlegenden Kurswechsel der bisherigen Landwirtschaftspolitik. Die Versöhnung mit dem Natur- und Umweltschutz, nachhaltige Konzepte zur Erhaltung des Bergwaldes sowie für den Tourismus und die Verkehrswege sind ein Gebot der Stunde. Richtig ist, dass die EU-Kommission dem „Übereinkommen zum Schutz der Alpen“ kritisch gegenüber stand und die Ratifizierung nicht er-

leichterte. Österreich, Liechtenstein, Deutschland, Frankreich und Italien haben die Alpenkonvention beschlossen, ebenso die Schweiz und das zukünftige EU-Mitglied Slowenien.

Landwirtschaft ein Eckpfeiler der Alpenkonvention

Der Alpenbogen bildet den größten zusammenhängenden Natur- und Kulturraum Europas. Er ist Lebens- und Wirtschaftsraum für 43 Regionen mit 6.000 Gemeinden und umfasst eine Fläche, die etwa dreimal so groß ist wie jene Österreichs. Ohne Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft in diesen ökologisch sensiblen Gebieten würde die Alpenkonvention mit ihren Zielen nur ein lebloses Vertragswerk bleiben. ■

Österreich war Vorreiter für ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Alpen

*Zum Autor:
MR Dipl.-Ing. Dr.
Gerhard Poschacher
ist Gruppenleiter im
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und
Wasserwirtschaft*